

Familiennachzug in Gefahr: Caritas und Diakonie warnen vor Folgen!

Caritas und Diakonie kritisieren die Regierung für Pläne zum Stopp des Familiennachzugs von Asylberechtigten in Österreich.

Wien, Österreich - Die österreichische Caritas und Diakonie üben scharfe Kritik an den Plänen der neuen Bundesregierung, den Familiennachzug von Asylberechtigten über eine Notfallklausel zu stoppen. Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser und Caritas-Generalsekretärin Anna Parr äußerten in der ORF-Sendung „Religion aktuell“, dass dieser Schritt gravierende Folgen für die betroffenen Familien haben könnte. Die Regierung rechtfertigt ihre Maßnahme mit der Überlastung von sozialen Systemen wie Bildung und Gesundheit, was Moser jedoch als unzureichend erachtet. „Die Einheit der Familie ist ein zentrales Menschenrecht“, betonte Moser und wies darauf hin, dass ein stabiles Familienleben für eine gelungene Integration essenziell ist. Sie warnt, dass die Maßnahme die Werte der Republik untergrabe und die rechtlichen Grundlagen infrage stelle. „Ein Aussetzen des Familiennachzugs wird nicht rechtlich durchgehen,“ so Moser weiter. Laut Parr ist das Gefühl der Zugehörigkeit für Asylberechtigte besonders wichtig, um erfolgreich in die Gesellschaft integriert zu werden.

Probleme mit der Bezahlkarte für Asylwerber

Zusätzlich stehen die neuen Ideen des Innenministers Gerhard Karner zur Einführung einer Bezahlkarte für Asylwerber in der Kritik. Anna Parr bezeichnete die Maßnahme als „stigmatisierend

und diskriminierend“. Sie betonte, dass Asylsuchende ohne Bargeld von wesentlichen Lebensbereichen ausgeschlossen werden, was die Integration in die Gesellschaft erheblich erschwert. Parr argumentiert, dass Bargeld für alltägliche Dinge wie Schulausflüge oder Einkäufe unerlässlich sei. Auch Moser unterstützt diese Auffassung und sieht den Plan als parteipolitisch motivierte Strategie, die die ohnehin schon geringen finanziellen Mittel der Asylwerber ignoriert. Sie kritisierte die Diskussion über die Bezahlkarte als überflüssig, da es sich um ein nicht existentes Problem handle. Der Hintergrund dieser Maßnahmen, abgeleitet von deutschen Vorbildern, wird von den beiden Organisationen als unverhältnismäßig und ungerechtfertigt erachtet, wie auch **ORF berichtet**.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kathpress.at • orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at